



Staats- und
Universitätsbibliothek
Bremen

Staats- und Universitätsbibliothek Bremen

DFG Projekt Die Grenzboten

Die Grenzboten

Berlin u.a., 1841 - 1922

† †: Von der preußischen Grenze.

urn:nbn:de:gbv:46:1-908

westlichen; dagegen wird eine eigene Auflage von 14,000 Exemplaren mit etwas verändertem Inhalt für die Schweiz gedruckt. Ein ähnliches Blatt, das „Illustrierte Familienjournal“, noch billiger im Preise, setzt 70,000 Exemplare ab, steht aber der Gartenlaube darin nach, daß es wenig Originalartikel, meistens übersetzte Novellen und Reiseerzählungen, mit Benutzung alter Holzstöcke, enthält. Zu den verbreitetsten Zeitschriften gehören ferner die in Stuttgart erscheinende „Musterzeitung“ mit 40,000, die „Illustrierte Zeitung“ mit 12,500, die „Fliegenden Blätter“ mit 12,000 Exemplaren.

Von der preussischen Grenze.

Noch immer scheint uns die Situation von der Art, daß wir uns vor nichts so sehr zu hüten haben, als vor einem verfrühten Enthusiasmus; je kühler und geschäftsmäßiger wir die Dinge auffassen, desto sicherer können wir sein, in keine neuen Illusionen zu verfallen. Freilich sind wir in den letzten Tagen wieder um einen bedeutenden Schritt vorgerückt. Durch die vollständige Veröffentlichung der Rede, in welcher der Prinzregent dem Ministerium seine Absichten auseinandergesetzt, sind wir überführt worden, wie grundlos die Befürchtungen waren, welche die Veröffentlichung einiger Fragmente daraus von Seiten der reactionären Presse bei allen Gutgesinnten hervorgerufen hatte. Die Rede enthält nicht bloß die besten und edelsten Ideen, die wir bei einem Fürsten voraussetzen dürfen, sondern sie athmet zugleich jenen Ton ruhiger und klarer Sicherheit, die sich durch keine Widersprüche, von welcher Seite sie auch kommen mögen, irren läßt. Wie wir schon einmal gesagt: auf der Persönlichkeit des Prinzen beruht das ganze Vertrauen des Volkes, das sich seine Rathgeber erst werden verdienen müssen. Für ihre Geschicklichkeit spricht es keineswegs, daß sie ruhig zusah, wie die Reaction in einer Zeit, wo jeder Augenblick wichtig war, jene schönen Worte heimtückisch ausbeutete, um die Wähler vor der neuen Regierung zu warnen.

Nachträglich können wir wol mit dieser Nachlässigkeit zufrieden sein, da sich um so schlagender gezeigt hat, wie tief die liberalen Sympathien im Volke wurzeln. Eine kleine Fraction des vorigen Landtags hat sich diesmal in eine starke Majorität verwandelt. Ja um der Regierung nur keinen Anstoß zu geben, hat man mit ängstlicher Scheu jeden Namen vermieden, der irgend unbequeme Erinnerungen hervorrufen könnte. Nicht bloß die wirklichen Demokraten haben auf jede Wahl verzichtet, sondern auch Männer wie Rodbertus und andere, die man nur deshalb Demokraten nennt, weil sie die Auflösung der constituirenden Versammlung für gesetzwidrig hielten. Selbst Grabau durchzusetzen hat einige Mühe gekostet, bloß weil er Präsident jener übel berufenen Versammlung war, obgleich er innerhalb derselben

entschieden der rechten Seite angehörte. Weiter kann man die Rücksichten wirklich nicht treiben, und wir möchten sogar zweifeln, ob man nicht bereits zu weit gegangen ist. Wir hätten lebhaft gewünscht, einige namhafte Vertreter der gemäßigten demokratischen Partei in dem neuen Landtag zu sehn, damit auch diese Partei sich daran gewöhnte, ihre Reformideen auf ordnungsmäßigem Wege zu verfolgen, und wir wollen offen bekennen, daß wir jene Erklärung unserer schlesischen Freunde, es dürfe niemand gewählt werden, der sich bisher der Wahl enthalten, nur mit Bedauern gelesen haben. Zwar wissen wir sehr wohl, daß jenem Schritt sehr erhebliche locale Motive zu Grunde gelegen haben, aber grade deshalb hätte man die allgemeinen Formeln vermeiden sollen. Es sieht fast so aus, als ob man von den Demokraten verlangte, schwimmen zu lernen, bevor sie ins Wasser gegangen.

Wir haben schon mehrfach erwähnt, daß wir uns des Unterschiedes, der noch immer zwischen beiden Parteien stattfindet, sehr wohl bewußt und fest entschlossen sind, ihn in allen wichtigen Fällen, z. B. in der Frage über die Ausdehnung des Wahlrechts, geltend zu machen. Aber wir wünschen ebenso, daß diese vorauszu- sehenden Streitigkeiten in schicklicher Form geführt, d. h. auf die Erörterung der Sache beschränkt werden. Die bisherige Verstimmung der demokratischen Presse, die mit Verdruß zusah, wie andere sich auf der gesetzlichen Arena tummelten, zu der sie doch auch ein Recht hatte, war eine selbstverschuldete; sie ist es nicht mehr. Diese Volksschicht hat sich bei den Wahlen so vortrefflich benommen, sie hat zugleich so viel Eifer und so viel Mäßigung gezeigt, daß es von unserer Seite eine schreiende Ungerechtigkeit wäre, ihre Haltung nicht anzuerkennen. Wenn daher die Nationalzeitung theils aus alter Gewohnheit, theils aus begreiflichem Verdruß, daß die parlamentarische Vertretung ihrer Partei noch einmal vertagt ist, noch immer von Zeit zu Zeit in Schmolzen verfällt, und während sie sonst über alle politische Materien so verständig discutirt, wie man nur wünschen kann, sobald das Stichwort „Gothaer“ oder „Eigentlicher“ erklingt, zu denken aufhört und dem Mühlrad ihrer Reminiscenzen freies Spiel läßt, so wollen wir darüber nicht ungehalten sein und statt dessen vermeiden, in einen ähnlichen Fehler zu verfallen.

Das Resultat, welches sich aus den gegenwärtigen Wahlen im Vergleich mit den vorhergehenden ergibt, ist folgendes. Das Volk oder das Publicum ist in ungeheurer Majorität (man denke an das verwickelte Classensystem!) liberal gesinnt und wird dieser Gesinnung Raum geben, sobald es nicht durch Willkürmaßregeln, wie vor drei Jahren, gehemmt wird; es ist aber in seiner Ueberzeugung nicht stark genug, solche Hemmungen zu durchbrechen. In dieser Beziehung können wir von der äußersten Rechten etwas lernen. Es wurde vorher über die Oeffentlichkeit der Abstimmungen, über den Einfluß der Vorgesetzten u. s. w. bitter geklagt. Man verlangte die Straße zur Freiheit nicht bloß gepflastert, sondern mit einem Trottoir belegt; jetzt haben die Landräthe und die Regierungsbeamte der Kreuzzeitung, obgleich sie sich denn doch auch allerlei Unbequemlichkeiten aussetzen, mit einer Rücksichtslosigkeit gegen ihre augenblicklichen Vorgesetzten agitirt, die Staunen aber auch Anerkennung erregt. Wenn es für den Apotheker unbequem ist, daß der gnädige Herr ihm seine Kundschaft entzieht, wenn er mißliebig wählt, so müssen denn doch auch die Regierungspräsidenten, Landräthe u. s. w. manche Wünsche aufgeben, um ihren Principien Geltung zu verschaffen. Vielleicht wird die neue Wendung der

Dinge auf die Partei der Ritterschaft einen sehr heilsamen Einfluß ausüben, sie wird vielleicht das werden, was sie bis jetzt zu sein nur vorgab: eine Landpartei in der Art der Tories. Bis jetzt war sie nicht das, sondern eine Hospartei; ihre Führer waren, wie schon bemerkt, General Gerlach und Herr v. Westphalen, und ihr Werkzeug die Polizei. Jetzt wird sie lernen müssen, auf eignen Füßen zu stehen, und die im preussischen Staat sehr wesentlichen und sehr gerechtfertigten Interessen des großen Grundbesitzes durch die Kraft der Gründe und durch den natürlichen Einfluß einer hervorragenden Stellung zu vertreten; vielleicht wird sie die Gelegenheit benutzen, einige Marotten aufzugeben, die gar nicht zu ihrem Wesen gehören, und die ihr von Irvingianern und ähnlichen Phantasten aufgeschwätzt sind.

Bis jetzt hat sie freilich eine andere Taktik beobachtet: die Taktik, den Regenten vor den blutrothen Gelüsten der Volksschicht, welcher er Freiheit schenkt, zu warnen. Sie führt diese Taktik sehr geschickt, wenn auch nicht immer auf die redlichste Weise durch. Man muß sie nicht etwa ausschließlich aus der Kreuzzeitung kennen lernen, die trotz ihres doctrinären Fanatismus sich doch zuweilen daran erinnert, daß der preussische Adel mit der Ehre Preußens eng verflochten ist, sondern in denjenigen deutschen Blättern, denen es daran liegt, daß Preußen den Namen Friedrich des Großen aus seiner Geschichte austreibe. Dieselben Blätter, die noch vor zwei Jahren nicht müde wurden, mit Hohn und Geringschätzung von der preussischen Politik zu sprechen, trauern jetzt über den Verlust jener schönen Zeit. Ihnen liegt gar nichts daran, ob in Preußen das officiële Blatt das Symbol des Kreuzes oder des Adlers vorzieht, sie haben es an Schmähungen gegen die Kreuzzeitung nicht fehlen lassen; ihnen liegt nur daran, daß Preußen schwach bleibt. Und sie haben eine dunkle Idee davon, daß es jetzt mit der olmüger Politik zu Ende geht.

Hüten wir uns indeß, auch nach dieser Seite hin in zu sanguinische Hoffnungen zu verfallen: sowol die Befürchtungen der Bamberger als die Hoffnungen der Gothaer sind übertrieben. Preußen hat vorläufig nicht die Aufgabe, Deutschland zu einigen oder sonst etwas Namenloses zu thun, sondern in seinem Innern aufzuräumen und den guten altpreussischen Geist, der durch mehrjährige Mißgriffe verkümmert ist, wieder herzustellen. Die Fahne Preußens ist nicht die schwarz-roth-goldne, sondern die schwarz-weiße; aber es gilt, sie von den verkehrten Symbolen zu reinigen, mit denen eine phantastische Reaction sie übermalt hat.

„Wenn in allen Regierungshandlungen sich Wahrheit, Geseßlichkeit und Consequenz ausdrückt, so ist ein Gouvernement stark, weil es ein reines Gewissen hat, und mit diesem hat man ein Recht, allem Bösen kräftig zu widerstehn.“

„In der Handhabung unsrer innern Verhältnisse sind wir seit 1848 von einem Extrem zum andern geworfen worden. Von einer Communalordnung, die ganz unvorbereitet Selfgovernment einführen sollte, sind wir zu den alten Verhältnissen zurückgedrängt worden, ohne den Forderungen der Zeit Rechnung zu tragen.“

„In der evangelischen Kirche, wir können es nicht leugnen, ist eine Orthodorie eingekehrt, die mit ihrer Grundanschauung nicht verträglich ist, und die sofort in ihrem Gefolge Heuchelei hat. . . Alle Heuchelei, Scheinheiligkeit, kurzum alles Kirchenwesen als Mittel zu egoistischen Zwecken ist zu entlarven, wo es nur möglich ist.“

„Das Unterrichtswesen muß in dem Bewußtsein geleitet werden, daß Preußen

durch seine höheren Lehranstalten an der Spitze geistiger Intelligenz stehn soll und durch seine Schulen die den verschiedenen Classen der Bevölkerung nöthige Bildung gewähren, ohne diese Classen über ihre Sphären zu heben. Größere Mittel werden hierzu nöthig werden."

"Preußen muß mit allen Großmächten im freundschaftlichsten Vernehmen stehn, ohne sich fremden Einflüssen hinzugeben und ohne sich die Hände frühzeitig durch Tractate zu binden. In Deutschland muß Preußen moralische Eroberungen machen durch eine weise Gesetzgebung bei sich, durch Hebung aller sittlichen Elemente und durch Ergreifung von Einigungselementen, wie der Zollverband es ist, der indeß einer Reform wird unterworfen werden müssen. Die Welt muß wissen, daß Preußen überall das Recht zu schützen bereit ist." —

Wir haben im Eingang ausgesprochen, daß in der gegenwärtigen Situation nichts schädlicher sein kann, als ein vorzeitiger Enthusiasmus, und daß namentlich die Presse jeder derartigen Versuchung widerstehn soll, aber wir wollen offen bekennen, daß es uns bei dieser Rede des Prinzen von Preußen schwer fällt. Denn es handelt sich hier nicht um allgemeine gute Wünsche, wie sie jeder neue Regent auszusprechen pflegt, sondern um die Hinweisung nach einem bestimmten Ziel, nach jenem Ziel, welches Preußens Glück und Ehre in sich schließt.

Die ebenso erhabene als schwierige Aufgabe, welche der Prinzregent gegen sehr dunkle Intriguen, welche seine erwählten Rathgeber gegen Hemmnisse von allen Seiten durchzuführen haben, wird von unsrer Seite am besten dadurch unterstützt werden, wenn wir dem Beispiel unseres Fürsten folgen, wenn wir uns in unsrer Sphäre ebenso von unserem Gewissen und unserem Pflichtgefühl bestimmen lassen, als er in der seinigen. Wol haben wir in der frühern Zeit zu oft die Staatsmänner und Diplomaten gespielt, wir haben gekünstelt, wo das schlichte Wort am Platz gewesen wäre. Wir können den Fürsten und das Ministerium nur unterstützen, wenn wir eine eigene unabhängige Ueberzeugung, wenn wir ein eigenes Gewicht in die Waagschale zu legen haben. Eine sogenannte ministerielle Partei, d. h. eine Partei, die von den Ministern ihre Stichwörter erwartet, ist keine Partei, sie hat kein eigenes Gewicht, sie kann die Regierung nicht verstärken, sie kann ihren Feinden nicht widerstehn. Es war im Grunde ein Fortschritt, daß die unglückselige „ministerielle Partei“, welche 1849—1850 die Majorität bestimmte, einen entschiedenen Rechten Platz machte. Die Partei Geppert-Bodenschwingh, so wohlgestimmt sie war, hat das Ministerium Manteuffel auf seiner abschüssigen Bahn nicht aufhalten können. Die englischen Minister werden darum durch ihre Partei getragen, weil diese Partei eine selbstständige Ansicht vertritt. Wenn auch in dem neuen Landtag sich wirklich eine „ministerielle“ Partei bilden sollte, so muß das für die entschiedeneren Liberalen nur noch ein Antrieb mehr sein, sich unabhängig zu constituiren, nicht bloß innerhalb der Kammern, sondern auch in der Presse. Das Ministerium hat sich eine officiöse Presse geschaffen, wir zweifeln daran, daß sie ihm etwas nützen wird; bis jetzt hat sie ihm nur geschadet. Und zwar sind das nicht Fehler einzelner Schriftsteller, im Gegentheil flößen uns die Persönlichkeiten das beste Vertrauen ein, sondern die Natur einer officiösen Presse bringt es mit sich, daß sie, wo es nöthig ist, nichts zu sagen wagt, und wo es unnöthig ist, Anstoß gibt. Dem Ministerium Manteuffel hat die „Zeit“ nichts geholfen, das neue Ministerium wird in

der Presse um so besser vertreten sein, je schneller es die „Preussische Zeitung“ frei läßt. Die Politik der Anspielungen, der dunklen Winke, der Bemerkungen über beschränkten Unterthanenverstand u. s. w. ist vorüber, und auf dergleichen Winke ist die officiöse Presse beschränkt. Will das Ministerium im Volke sprechen, so hat es die Kammern und die officiële Presse. Es ist nicht bloß würdiger und schicklicher, sondern auch wirksamer und erfolgreicher, wenn man unmittelbar die Regierung vernimmt und nicht Mittelspersonen, die doch nicht im Brennpunkt der Ereignisse sitzen. Die Principien aber zu vertreten, das überlasse man demjenigen Theil der Presse, der nicht jeden Augenblick befürchten darf, durch das Aussprechen seiner Ueberzeugungen das Cabinet zu binden oder zu compromittiren.*)

Der Proceß Montalembert.

Es ist ein erfreuliches Zeichen, daß die deutsche Presse sehr sorgfältig die Rechtswidrigkeiten registriert, die jenseit des Rheins vorkommen, und keinen Anstand nimmt, sie moralisch zu brandmarken. Indessen wäre es zweckmäßig, dabei von Zeit zu Zeit in Erinnerung zu bringen, daß es bei uns an verwandten Erscheinungen nicht gefehlt hat, ja daß man sie hin und wieder noch antreffen kann. Wenn ein deutscher Schriftsteller zwischen den politischen Einrichtungen des Landes, dem er angehört, und denen eines rivalisirenden Staats eine hoshafte Parallele zieht, wenn er von seinem Lande behauptet, es sei darin keine Freiheit zu finden, so ist leicht möglich, daß man ihn auch bei uns vor Gericht stellt, daß man die *exceptio veritatis* nicht gelten läßt und daß irgend ein dienstwilliger Gerichtshof ihn zu sechsmonatlichem Gefängniß verurtheilt. Das Aufsehn, welches dieser Proceß in Frankreich gemacht, gilt in der That weniger der Sache als der Person. Die Franzosen sind ein Volk der Autorität, es gibt bei ihnen eine mit einem bestimmten Gepräge versehene Classe berühmter Männer, die ungefähr, wenn auch nicht ganz, mit den vierzig Unsterblichen der Akademie zusammenfallen, deren Handlungsweise das Publicum nach einem andern Maßstab mißt als die der übrigen Sterblichen, und bei denen es erwartet, auch die Staatsgewalt werde ein Einsehen haben. Es macht keinen Unterschied, welcher Partei diese Männer angehören; sie gehören zum Stammcapital

*) Da bei dem erhöhten Interesse der preussischen Entwicklung jedem Zeitungsleser daran gelegen sein muß, sich auch über die Details der gesellschaftlichen Zustände dieses Landes zu unterrichten, empfehlen wir zwei sehr brauchbare Handbücher von Max von Oesfeld. „Preußen in staatsrechtlicher Beziehung. Das innere Staatsrecht mit besonderer Bezugnahme auf die preussische Verfassungsurkunde vom 31. Januar 1850“, und: „Preußen in kameralistischer und staatswirtschaftlicher Beziehung. Die Finanzwissenschaft, die Polizeiwissenschaft und die Landwirtschaftslehre.“ (Breslau, Urban Kern.)